

Steuern sollen rückwirkend angehoben werden

Obernkirchen kalkuliert mit 190 000 Euro an Mehreinnahmen

An einer Anhebung der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer vom 1. Januar 2010 an führt in der Bergstadt wohl kein Weg vorbei. Auch wenn die geplante Konsolidierung des Haushaltes in weitere Ferne gerückt ist, so unternehmen die Verwaltung und die politischen Gremien doch jeden Versuch, das neue Defizit unter die Zwei-Millionen-Grenze zu drücken.

Obernkirchen. Mit 40 Punkten Zuschlag bei allen drei Besteuerungen steigen die Mehreinnahmen um 190 000 Euro. Das ist nicht die Welt, aber dieses Geld soll dazu beitragen, die langfristigen Verbindlichkeiten etwas abzubauen. Stadtkämmerer Wolfgang Seele kündigte in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Organisation und Personal an, dass man auf diese Weise auch die Mittel für die Straßenunterhaltung aufbessern könne. Somit würde die Anhebung der Steuer auch wieder der Allgemeinheit zugutekommen. Seele bekannte, dass die sinkenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer, der eigentlichen Haupteinnahmequelle der Kommunen, Obernkirchen hart treffe. Ein gutes Drittel der gesamten Einnahmeverluste seien aber auch auf Änderungen im Steuerrecht zurückzuführen. Noch nicht in die Steuerschätzung eingeflossen seien die Auswirkungen des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Der Stadtkämmerer erinnerte daran, dass die Bergstadt zuletzt vor zehn Jahren die Grundsteuern A und B maßvoll von 310 auf 320 Punkte angehoben hat und die Gewerbesteuer von 340 auf 345. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei die wirtschaftliche Lage der Kommunen aber deutlich schlechter. Martin Schulze-Elvert (CDU) erkannte an, dass die Verwaltung bereits kräftig den Rotstift an ihrem Haushaltsbuch angesetzt habe. Er beantragte zusätzlich noch eine Minderausgabe von fünf Prozent bei den allgemeinen Aufwendungen. Das würde eine weitere Einsparung von 100 000 Euro bedeuten, und damit könnte man die die Schuldengrenze von zwei Millionen unterschreiten. Der Sprecher der Gruppe CDU/WGO forderte außerdem, dass jeder Produktverantwortliche in der Verwaltung Mitte des Jahres einen Zwischenbericht über seinen Ausgabenbereich geben sollte, „damit wir sehen können, wo wir stehen“. Schließlich sei man im Abstiegskampf schon erprobt. Bleiben soll ein Ansatz von 12 000 Euro für den Einsatz neuer energiesparender Module in der Straßenbeleuchtung. Wilhelm Mevert (SPD), Sprecher der SPD-Fraktion, gab zu bedenken, dass man aber den Umbau des Marktplatzes in Schritten weiter verfolgen sollte. Mit rund 30 000 Euro könne man das alte Kopfsteinpflaster im Verlauf des geplanten (Rollatoren-)Weges ersetzen. Gemeint ist der Bereich vom früheren Ratskeller bis zur Sparkasse. Darüber hinaus sollte man wenigstens 20 000 Euro für die weitere Verbesserung der Innenstadt einsetzen. Mevert sprach die Gestaltung der Fassaden und die Umgestaltung von Läden im Bereich von Lange Straße, Friedrich-Ebert-Straße, Neumarktstraße und Strullstraße an. Gern hätte er dafür Geld aus der Mietzahlung des Landes für das Bornemann-Gebäude verwendet, aber da zieht der Landkreis nicht mit. Auf alle diese Vorschläge konnte sich der Ausschuss einstimmig einigen, auch auf die Bereitstellung von 100 000 Euro für die Straßenreparatur und von 95 000 Euro für die Sanierung von Fahrbahndecken. Die Gruppe Grüne/WIR ließ durch Bernd Kirsch verkünden, dass sie die Entscheidungen mitträgt – einschließlich der Steueranhebung. sig